

Senatskanzlei

Ergebnisprotokoll über die Sitzung der Beirätekonzferenz am 22. August 2024 in der Senatskanzlei,

Rathaus, Sitzungssaal, Am Markt 21, 28195 Bremen

17:05 bis 19:25 Uhr

Anwesende:

Siehe anliegende Teilnehmerliste.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Feststellung der Stimmberechtigungen und der Konstituierung
3. Beschluss über die Tagesordnung
4. Parken in Quartieren - Hintergründe und Folgen des aktuellen Urteils des Bundesverwaltungsgerichts

dazu: Özlem Ünsal, Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

dazu: Monia Manãa (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung)

5. Information über das weitere Vorgehen bezüglich der Schwerpunktsetzung von Beschäftigung schaffenden Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten (AGH) und Teilhabe am Arbeitsmarkt (TaAM))

dazu: Thorsten Spinn (Jobcenter Bremen)

dazu: Dr. Petra Kodré, Rolf Diener, Hildegard Jansen (Senatorin für Soziales, Arbeit, Jugend und Integration)

6. Verschiedenes

TOP 1 Begrüßung

Frau Wangenheim begrüßt die Anwesenden sowie die Gäste und eröffnet die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der Stimmberechtigungen und der Konstituierung

Sodann stellt Frau Wangenheim fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und dass die Beirätekonzferenz beschlussfähig ist.

TOP 3 Beschluss über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der oben dargestellten Fassung genehmigt. Frau Wangenheim kündigt für den Punkt Verschiedenes eine Nachfrage zum Thema Erhöhung der der Beiratsmittel an.

TOP 4 Parken in Quartieren - Hintergründe und Folgen des aktuellen Urteils des Bundesverwaltungsgerichts

Frau Wangenheim begrüßt Frau Senatorin Özlem Ünsal und Frau Monia Manãa, die zuständige Referatsleiterin in der senatorischen Behörde und bedankt sich für ihr Kommen und die Bereitschaft einen Sachstandsbericht zum weiteren Umgang mit dem Thema Parken in quartieren zu geben.

Frau Senatorin Ünsal und Frau Manãa erläutern die Wichtigkeit und den Stellenwert des Themas, sowohl innerhalb der Aufgabenplanung des Ressorts als auch in der bundesweiten öffentlichen Wahrnehmung. Seinen Ausgang habe das Verfahren 2016 mit einem ersten Antrag an das ASV genommen und dann über die erstinstanzlichen Gerichtsverfahren bis zur aktuellen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts geführt, die bisher nur als Mitteilung des Gerichts vorliege, deren Gründe aber noch nicht schriftlich abgefasst seien. Das Urteil habe Klarheit in Bezug auf den individuellen Anspruch der Anwohnenden geschaffen, so dass nun mit einem hohen Antragsaufkommen zu rechnen sei. Gleichzeitig sei die Gesamtschau auf die Stadt und das Vorgehen nach Priorisierung bestätigt worden, so dass nun die am stärksten belasteten Quartiere ermittelt und kluge gemeinsame Lösungen für alle Stadtteile gefunden werden sollen. Dies erfolge in enger Abstimmung mit dem Senator für Inneres. Nachdem bereits der Bereich Mitte/Östliche Vorstadt betrachtet wurde, werde als Nächstes Findorff in den Fokus genommen, die Stadtteile Neustadt, Walle und Schwachhausen werden folgen.

Das weitere Vorgehen nach dem Konzept „Parken in Quartieren“ sehe die drei Säulen „Rettungswegesicherheit“, „Barrierefreiheit“ und „Ordnen des Parkraums“ vor. Im weiteren Prozess gehe es darum, sowohl nach alternativen Parkmöglichkeiten zu suchen als auch neue Mobilitätskonzepte zu entwickeln.

In der anschließenden lebhaften Diskussion beziehen sich viele Fragen der Beiräte auf Sicherheitsaspekte in den Stadtteilen, auf den Zeitpunkt, wann bestimmte Stadtteile geprüft und ggf. umgestaltet werden, auf das Für und wider des Bewohnerparkens und auf die Eingriffsintensität der beabsichtigten Maßnahmen. Frau Eickelberg erinnert an die Verpflichtung zur Herstellung von Barrierefreiheit, die sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention ergebe. Auf die Frage von Frau Schirmer, was unter der Verfahrensmaxime „Sozialverträglichkeit“ zu verstehen sei, erläutert Frau Manãa, dass dies bedeute, es sollten die Bedürfnisse möglichst aller Gruppen ins Auge gefasst werden. Auf die Anregung von Herrn Schnecking, ältere Menschen zuerst zu behandeln, wendet Frau Manãa ein, eine Priorisierung sei nicht nach Menschen sondern nur nach Straßen möglich. Der Vertreter der Jugendbeiräte regt an, auch temporäre Parkmöglichkeiten, etwa auf Supermarktparkplätzen, in die Suche nach Alternativen einzubeziehen.

Frau Manãa und Frau Senatorin Ünsal bedanken sich für die kritischen Anmerkungen und konstruktiven Vorschläge. Die Verwaltung mache sich nun engagiert an die Abarbeitung des Konzeptes. Die Problematik sei wegen der widerstreitenden einzelnen Interessen aber sehr komplex.,

TOP 5 Information über das weitere Vorgehen bezüglich der Schwerpunktsetzung von Beschäftigung schaffenden Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten (AGH) und Teilhabe am Arbeitsmarkt (TaAM))

Frau Wangenheim begrüßt die Vertreter:innen von Jobcenter (Thorsten Spinn) und senatorischen Behörde für Arbeit und Soziales (Frau Janssen, Frau Kodre und Frau Breitenfeld) und übergibt das Wort an Frau Janssen.

Frau Janssen skizziert die Lage bei den o.g. Maßnahmen, vieles sei den Beiräten ja auch bereits aus der Presse und der öffentlichen Debatte bekannt. Es gehe um die Arbeitsmöglichkeiten für diejenigen, die sonst keine Beschäftigung fänden. Für 2024 sei es noch gelungen das Angebot zu halten, für 2025 werde nur ein Teil der Maßnahmen gerettet werden können. Deshalb sei die die Situation zusammen mit anderen Ressorts und der Senatskanzlei genau angeschaut worden um zu identifizieren, welche Stellen Aussichten auf eine spätere Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt hätten und welche unter Umständen anders gesichert werden könnten. Es werde auch nach Stellschrauben gesucht um die Auswirkungen bei Trägern und in Bereichen abzumildern. Grundsätzlich stehe der Haushalt für 2025 aber noch nicht. Zudem verweist sie auf die Zuständigkeit des Jobcenters, denen die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration lediglich Empfehlungen gebe.

Die Beiratssprecher:innen verweisen auf die eminent wichtige Funktion, die die Beschäftigungsmaßnahmen für die Betroffenen aber auch in den Stadtteilen und deren sozialen Gefüge heben. Viele Angebote, die für die Stadtteile unverzichtbar seien, werden über Beschäftigungsmaßnahmen betrieben. Ein Wegfall hätte weitreichende negative Folgen und könne auch Nutzer der Angebote negativ betreffe, die nicht direkt gefördert würden, was wiederum hohe Folgekosten in anderen sozialen Sektoren nach sich ziehen könne. Herr Möhle spricht sich gegen globale Kürzungen, sondern für eine genaue Betrachtung der Wirksamkeit der Maßnahmen aus. Frau Wolter weist auf negative Auswirkungen auf andere, ehrenamtliche Tätigkeiten hin, die oftmals über Beschäftigungsmaßnahmen betreut würden.

Frau Janssen erläutert die Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten. Es erweise sich jetzt als problematisch, dass in den letzten Jahren über Bundesmittel viele Strukturen aufgebaut worden sein, die eigentlich kommunal seien. Frau Kodre verweist auf andere Programme der sozialen Infrastruktur, die in den letzten Jahren ausgebaut worden seien. Herr Spinn verweist auf die Heterogenität der Kundenstruktur. Einige seien dicht am Arbeitsmarkt, andere wiederum nicht, Ziel sei immer eine Heranführung. In der jetzt kommenden Debatte suche er eine enge Abstimmung mit den Beiräten. Insgesamt sei Anteil der Maßnahmen mit rd. 15% am gesamten Titel der Eingliederungsmittel im Verhältnis zu anderen Kommunen hoch. Eine Prognose für 2025 könne er nicht geben, allerdings gehe er nicht mehr davon aus, dass die Kürzungen 50% betragen, wie noch vor ein paar Wochen angenommen. Es sei Verabredet, mit den Trägern ins Gespräch zu kommen.

Frau Eckardt hält eine Fokussierung allein auf die Anschlussfähigkeit an den Arbeitsmarkt für wenig zielführend, weil dies die allerwenigsten schaffen würden. Frau Grziwa-Pohlmann weist auf die zu erwartenden Verlust von Strukturen hin. Ein Vertreter der BRAS unterstreicht dies unter Hinweis auf Folgekosten, die durch den Wegfall in anderen Bereichen entstünden, etwa bei der Betreuung von suchtkranken Menschen. Herr Möhle hält eine gemeinsame Beratung für sinnvoll. Herr Jahn weist darauf hin, dass die Beiräte beteiligt werden wollen, bevor die Kürzungen umgesetzt werden.

Frau Wangenheim bedankt sich für den Vortrag und die engagierte Diskussion. Das Thema werde bestimmt in naher Zukunft wieder in diesem Gremium diskutiert werden.

TOP 6: Verschiedenes

Frau Wangenheim bittet um Erarbeitung einer Terminplanung für das kommende Jahr und wünscht sich dafür eine bessere Synchronisierung mit den Terminen der Bremischen Bürgerschaft.

Auf die Frage von Frau Wangenheim erläutert Herr Ilgner, dass sich die Anpassung der Beiratsmittel nach der Erhöhung unmittelbar in Vorbereitung befinde.

Herr Draeger berichtet aus der Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses zur Überarbeitung der Finanzierungssystematik für die offene Jugendarbeit. Das Thema solle auf einer der nächsten Sitzungen der Beirätekonzferenz behandelt werden.

Frau Wangenheim schließt die Sitzung um 19:25 Uhr.

Protokoll: gez. Holger Ilgner